

Tobias Pamp

Vorsitzender des Landesverbands Berlin

fix 030 / 814 865 78

mobil 01577 / 37 11 083

mail tobias.pamp@blbs-lv-berlin.de

BLBS

Landesverband Berlin

Berlin, 21. November 2016

Infos zum Koalitionsvertrag:

- Konsequenzen für die Arbeit an beruflichen Schulen
- Bezahlung von Lehrkräften
- Besoldung von BeamtInnen
- Pensionierung von BeamtInnen

Liebe KollegInnen,

die Koalitionsparteien in Berlin haben sich auf ein politisches Programm geeinigt und einen dicken Koalitionsvertrag geschrieben (177 S!).

Im folgenden werden einige Punkte aufgeführt und kommentiert, die für uns als Lehrkräfte an beruflichen Schulen von besonderem Interesse sind:

Teamarbeit

"Teamarbeit und Kooperationen sind wichtige Elemente einer guten Schule. Die Koalition wird daher ein Konzept zur Unterstützung von Teamarbeit an den Schulen erarbeiten lassen und dabei die Themen Arbeitszeit, Tätigkeitsbeschreibungen und Arbeitsplätze für Lehrkräfte in Schulen einbeziehen."

Die tägliche Arbeit von LehrerInnen ändert sich durch die Einrichtung von professionellen Lerngemeinschaften deutlich. LehrerInnen, die bisher oft als Einzelkämpfer unterwegs sind, tauschen sich mit KollegInnen aus, planen und unterrichten gemeinsam.

Dieser wünschenswerte Prozess geht allerdings dann schief, wenn die zwingend nötige Fortbildungs- und Betreuungsarbeit durch Zeitmangel und Überlastung nicht erfolgreich gemacht werden kann.

Notwendige Teamsitzungen, die in der Regel nur am Nachmittag stattfinden können, beschneiden die Vorbereitungszeit und müssen kompensiert werden können.

Inwieweit den Worten also Taten folgen, die wirklich zur positiven Veränderung beitragen, hängt entscheidend von der Umsetzung ab.

Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung Imagekampagne

"Die Koalition bekennt sich zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Eine professionelle Imagekampagne der beruflichen Bildung begleitet den Informations- und Aufwertungsprozess und dient gleichzeitig der Fachkräftesicherung."

Finden wir auch! Unser Slogan *"MehrWert für berufliche Bildung!"* hat Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden! Sollte die Kampagne greifen, bedeutet das mehr Auszubildende, mehr Lehrkräfte und einen höheren Stellenwert der KollegInnen. ob Berlin es al-

lerdings schafft, bundesweite Trends durch eine "Kampagne" zu beeinflussen, darf mit Spannung erwartet werden.

Verbesserung der personellen Ausstattung

"Die Koalition wird die personelle Ausstattung der Schulen verbessern und damit einen entscheidenden Schritt gehen, um Unterrichtsausfall und Überlastung der Lehrkräfte deutlich zu reduzieren."

Falls die seit langem geforderte Abschaffung der spärlichen Soll-Ausstattung von 100% und die Flickschusterei des PKB-Konzepts durch diese Aussage wahr werden sollten, dann könnte sich dies positiv auf die Qualität von Unterricht auswirken. Es gibt kein Unternehmen, das langfristig mit einem Konzept wirtschaften könnte, welches ignoriert, dass Arbeitnehmer hin und wieder erkranken!

Betreuung von BerufseinsteigerInnen

*"Zur Entlastung soll zukünftig jede Schule ein Stundendeputat für Mentor*innentätigkeit für die Ausbildung und Unterstützung von Referendar*innen, Praktikant*innen und Quereinsteiger*innen erhalten."*

Ebenfalls von BLBS und VLW auf der jüngsten Personalversammlung gefordert. Es darf und kann nicht sein, dass pädagogisch völlig unausgebildete KollegInnen ausgebildete Lehrkräfte ersetzen!

Wer unterrichtet, muss vorher ein Minimum an pädagogisch-didaktischer und schulrechtlicher Ausbildung erhalten und während einer Einarbeitungsphase von erfahrenen KollegInnen begleitet werden, ohne dass dies zu Lasten der MentorInnen und der Unterrichtsqualität geht!

Vergütung im Öffentlichen Dienst

"Die Koalition bekennt sich zur Mitgliedschaft des Landes Berlin in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Mit den Tarifverträgen zum Wiedereintritt Berlins in die TdL wird Ende 2017 für die Tarifbeschäftigten des Landes 100 % des Bezahlungsniveaus der anderen Bundesländer erreicht sein."

Schön für die Tarifbeschäftigten, von Nachteil für die angestellten KollegInnen. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht!

Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen erhalten in fast allen anderen Bundesländern den Beamtenstatus. Im Vergleich zur Besoldung und den Pensionen der BeamtInnen ziehen die angestellten Lehrkräfte trotz Vorwegnahme der Stufe 5 (es bleibt beim prekären Status!) immer noch den kürzeren!

Besoldung und Pensionen von BeamtInnen

"Die Beamtenbesoldung wird bis 2021 stetig dem durchschnittlichen Niveau der übrigen Bundesländer angepasst."

Bei einem Blick in die Besoldungstabellen der Länder (www.oeffentlicher-dienst.info) ergibt sich ein Rückstand Berlins von ca. 5 % im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. In absoluten Zahlen (mittleres Grundgehalt) ergeben sich über 2000 € pro Jahr oder rund

170 € pro Monat. Die Abstände steigen bis auf 2555 € im Endgrundgehalt der letzten Stufe.

Diese Zahlen beziehen sich allerdings auf das Grundgehalt. Ein wesentlicher Nachteil gegenüber anderen Bundesländern, der von uns angemahnt wird, ergibt sich auch durch die restriktive Anerkennung der förderlichen Zeiten.

Bei Lehrkräften an beruflichen Schulen spielen diese in der Regel eine wichtige Rolle! Hier können sich nochmals Verluste von bis zu 8000 € bis zum Erreichen des Pensionsalters im Vergleich zu anderen Ländern ergeben.

Neben dem Grundgehalt stehen dann noch die Zulagen zum Vergleich. Hier wird darauf zu achten sein, in welcher Höhe Zulagen - und wofür gezahlt werden. Funktionsstellen werden mehr oder weniger großzügig besetzt, spezielle Aufgaben innerhalb der Schulentwicklung oder der LehrerInnenbildung (Qualitätsmanagement, Teambildung und -beratung etc.) werden in einigen Ländern mit Funktionsstellen besetzt in anderen wiederum mit Zulagen abgegolten...

Insgesamt müssen wir sehen, was am Ende herauskommt. Zu befürchten ist eine Einlösung der Versprechen lediglich durch eine Anhebung der Grundgehälter...

Pensionierung von BeamtInnen

*"Es wird eine stufenweise Heraufsetzung des **Pensionsalters** für alle Berliner Beamt*innen geprüft, sobald die Heranführung der Beamtenbesoldung an den Durchschnitt der Bundesländer erreicht ist."*

Wer die Zahlen betrachtet, die eindeutig zeigen, dass schon jetzt nur noch ein geringer Teil der Lehrkräfte gesund und unbeschadet das Pensions- oder Rentenalter erreicht, fragt sich zwangsläufig, wie das gehen soll. Erhebliche Verbesserungen im Gesundheitsmanagement und die Rücknahme der wöchentlichen Pflichtstundenzahl müssten diesem Schritt vorausgehen!

Sollte der Trend anhalten, dass Lehrkräfte oft früher aus dem aktiven Dienst ausscheiden (müssen) führt die Maßnahme dazu, dass die Betroffenen mit höheren Abschlägen auf ihre Altersversorgung rechnen müssen!

Tarifpolitik

Auf der letzten Personalversammlung wurden die Unterschiede zwischen GEW und den im dbb organisierten Lehrgewerkschaften noch einmal sehr deutlich.

Während wir fordern, den Lehrkräften wieder die Verbeamtung anzubieten, interessiert dies die GEW trotz eindeutiger Verbesserungen für die KollegInnen überhaupt nicht.

Die GEW favorisiert allein aus gewerkschaftspolitischem Kalkül die Anstellung von Lehrkräften!

Weiterhin verfolgt sie das Ziel, dass Beamte streiken dürfen, mittlerweile juristisch auf europäischer Ebene. Ein Versuch, den Beamtenstatus auszuhölen und irgendwann abzuschaffen, weil das Beamtentum ja nun mal ein lästiges Klientel darstellt, wenn man sich nur über die Organisation von öffentlichkeitswirksamen Streiks definiert und sich für die Beamten nicht zuständig fühlt.

Auf rechtlicher Ebene existieren mittlerweile klare Vorgaben für die Bezahlung und Beschäftigung von Beamten im Schuldienst, denen sich scheinbar auch die Berliner Politik unterzuordnen anschickt. Mit den Aussichten auf die neue Legislaturperiode werden sich die Anstellungsbedingungen der angestellten Lehrerinnen und Lehrer im Vergleich zu den BeamtInnen weiter verschlechtern.

Viele Grüße

Tobias Pamp